

# Dicke Berliner Luft

## Kontroverse um Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung

*Der Gesundheitsfonds ist da und mit ihm das Finanzloch in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Trotz Steuerzuschuss aus dem Konjunkturpaket gehen die meisten Krankenkassen davon aus, Zusatzbeiträge erheben zu müssen. Die Bundesregierung widerspricht und appelliert an die Kassen, ordentlich zu wirtschaften. Die FDP fordert indes, das GKV-System als Ganzes abzuschaffen.*

Der Gesundheitsfonds war noch gar nicht gestartet, da war schon klar, dass das Geld im großen Topf vermutlich nicht reichen wird. Denn die weltweite Wirtschaftskrise warf ihre Schatten längst nicht mehr nur voraus, sondern hatte bereits voll auf die sogenannte Realwirtschaft durchgeschlagen. Abbau von Arbeitsplätzen, Anstieg der Kurzarbeit, geringere Beitragseinnahmen – das war der Dreiklang, der alle Beteiligten im Gesundheitswesen hellhörig werden ließ. Während die Krankenkassen seit langem gebetsmühlenartig wiederholen, dass der einheitliche Beitragssatz von 15,5 Prozent zur Kostendeckung nicht ausreichen werde und Zusatzbeiträge nötig seien, ließ die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket II Steuermittel regnen und spannte damit laut Bundesgesundheitsministerium (BMG) „einen großen Schutzschirm über der Gesundheitsversorgung“ auf. Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung sieht nämlich unter anderem vor, den einheitlichen Beitragssatz zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte auf dann 14,9 Prozent zu senken. Zum Ausgleich steigt der bislang gesetzlich vorgesehene Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2009 um 3,2 Milliarden Euro und in den Jahren 2010 und 2011 um jeweils 6,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2012 erreicht der Bundeszuschuss damit den bislang für 2016 vorgesehenen Betrag von 14 Milliarden Euro.

### **Nichts Genaues weiß man nicht**

Eine Menge Geld, das der Staat damit in das GKV-System pumpt. Das meint auch die Bundesregierung und sieht keine Notwendigkeit, dass es zum 1. Januar 2010 flächendeckend zu Zusatzbeiträgen der Krankenkassen kommen muss. Dies hat sie auf

eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen geantwortet. Zusatzbeiträge in Höhe von höchstens ein Prozent des Bruttoeinkommens kann eine Krankenkasse dann erheben, wenn sie mit dem aus dem Gesundheitsfonds zugewiesenen Geld nicht auskommt. Dieser Zusatzbeitrag ist vom Versicherten allein zu tragen, also ohne Beteiligung des Arbeitgebers.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die

Grünen forderte die Bundesregierung die Krankenkassen außerdem auf, mit den Beitragsmitteln der Versicherten und den Zuschüssen des Bundes „so wirtschaftlich wie möglich umzugehen“. Und auch das BMG erklärte gegenüber dem Bayerischen Zahnärzteblatt (BZB), dass das Geld, das die Krankenkassen in diesem Jahr erhalten, ausreichen müsse, um 70 Millionen Versicherte medizinisch gut zu versorgen. Allerdings, so das BMG, „sind die Akteure im Gesundheitswesen verpflichtet, dafür zu sorgen, dass jeder Euro eines Versicherten nur für Qualität und gute Versorgungsangebote vor Ort ausgegeben wird“. Auf Seiten der Regierung also keine Rede von Zusatzbeiträgen.

Ganz anders sehen das dagegen die Vertreter der Krankenkassen. Obwohl der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung den Rettungsschirm für die Krankenkassen begrüßt, schließt er Zusatzbeiträge im Laufe des Jahres nicht aus. Wie Florian Lanz, Pressesprecher des GKV-Spitzenverbands, gegenüber dem BZB sagte, seien verbindliche Aussagen über die Entwicklung der Zusatzbeiträge nicht möglich. Allerdings erscheint laut Lanz die Schätzung des Bundesversicherungsamtes, dass circa 20 Kassen Zusatzbeiträge ab Mitte des Jahres erheben werden, plausibel. „Es ist bekannt, dass der GKV-Spitzenverband davon ausgeht, dass der gesetzlich festgesetzte Einheitsbeitrag um circa 0,2 bis 0,3 Beitragssatzpunkte zu niedrig kalkuliert



Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt glaubt nicht, dass es zu Zusatzbeiträgen der Krankenkassen kommen muss.

ist“, sagte Lanz. Ob dies zu vermehrten Zusatzbeiträgen oder zu einer Erhöhung des Einheitsbeitrages im kommenden Jahr führt, sei allein eine politische Entscheidung, meinte Lanz.

Auch die meisten Vorstände der Krankenkassen gehen davon aus, dass sie an ihre Versicherten keine Prämien auszahlen können, sondern Zusatzbeiträge erheben müssen. In einer FOCUS-Umfrage unter 118 Kassen-Chefs antworteten 99 Prozent, sie rechneten mit baldigen Zusatzbeiträgen für die Versicherten. Sieben gesetzliche Krankenkassen wollen ihren Mitgliedern dagegen dieses Jahr Prämien bis zu 100 Euro auszahlen.

### **Machen die Kassen gemeinsame Sache?**

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hingegen kann das „Das Geld reicht nicht“-Jammern der Krankenkassen nicht mehr hören. In einem Interview mit der „Welt“ sagte sie: „Ohne Fonds und den neuen Beitragssatz würden die Kassen über Wochen ständig neue und höhere Beitragssätze fordern.“ 17 und 18 Prozent wären ohne Fonds durchaus denkbar, meint die Ministerin. Sollten Kassen Zusatzbeiträge erheben, wovon Schmidt aber nicht ausgeht, haben Versicherte die Möglichkeit, sofort die Kasse zu wechseln. Und das ist genau das Szenario, das die Kassen tunlichst vermeiden möchten. Wäre es also denkbar, dass sich große Kassen absprechen und einen Termin vereinbaren, ab dem sie gemeinsam Zusatzbeiträge in gleicher Höhe erheben, um Wettbewerbsnachteile auszuschließen? Der GKV-Spitzenverband hält dieses Szenario nicht für ausgeschlossen. Der Gesundheitsökonom Professor Dr. Klaus-Dirk Henke von der Technischen Universität Berlin kann sich eine gemeinsame Aktion der Kassen ebenfalls vorstellen, allerdings stelle das den

Wettbewerb in Frage. Er rechnet damit, dass es zu weiteren Fusionen in der GKV kommen wird, ebenso zu Kooperationen zwischen der privaten Krankenversicherung sowie der GKV.

### **Systemwechsel**

Daniel Bahr, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Kritiker des Gesundheitsfonds, sagte gegenüber dem BZB, er gehe fest davon aus, dass einige Kassen im Sommer Zusatzbeiträge erheben müssen. Zudem werde mit dem Darlehen aus Steuermitteln das Problem nicht gelöst, sondern lediglich auf die Zukunft verschoben. Daher fordert Bahr zusammen mit der FDP-Bundestagsfraktion, den Gesundheitsfonds abzuschaffen. „Der Weg von Union und SPD in die staatlich-zentralistische Einheitskasse muss rückgängig gemacht werden“, sagte Bahr. Mitte Februar brachte die FDP im Bundestag einen Antrag „für ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes Gesundheitswesen“ ein. Kern der geplanten Reform ist, die auf Umlagefinanzierung basierende GKV abzuschaffen. Sie soll nach den Vorstellungen der Liberalen durch einen privaten Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle ersetzt werden. Der Versicherte habe, so Bahr, die Wahlfreiheit über Tarif, Therapie und Therapeuten. Dieser Vorschlag der FDP stieß im Bundestag auf breite Ablehnung. Die Gesundheitspolitiker der verschiedenen Fraktionen argumentierten einmütig für den Bestand der GKV. Gegenüber dem BZB sagte das BMG: „Die FDP will ein bewährtes System zerschlagen, indem das Krankheitsrisiko zur Privatsache wird und die Gesundheitsversorgung dem Wohl und Weh der Kapitalmärkte ausgesetzt ist.“ Auch der GKV-Spitzenverband lehnt die Forderung der FDP erwartungsgemäß entschieden ab. Gegenüber dem BZB sagte dessen Sprecher Florian Lanz: „Die gesetzliche Krankenversicherung ist ein Herzstück der Bundesrepublik Deutschland. Wir halten es für unrealistisch, dass sie abgeschafft wird.“ Bahr entgegnete dieser Kritik: „Die FDP hält es für eine elementare Voraussetzung für eine zivilisierte und humane Gesellschaft, dass sich jeder Bürger darauf verlassen kann, im Krankheitsfall versorgt zu sein.“ Wer sich aus eigener Kraft keinen Versicherungsschutz leisten könne, habe Anspruch auf die Hilfe der Gesellschaft, also auf staatliche Zuschüsse, sagte Bahr. Weiter argumentierte der FDP-Politiker: „In der beitragsfinanzierten GKV ist das nur mit großen Streuverlusten und Ungerechtigkeiten möglich.“

Katja Voigt



Foto: www.daniel-bahr.de

„Der Weg von Union und SPD in die staatlich-zentralistische Einheitskasse muss rückgängig gemacht werden“, fordert der FDP-Politiker Daniel Bahr.